

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Montag, dem 22.12.2025 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:00

Vorsitz

Stv. Martin Haesen

CDU-Fraktion

AM Sven Groters
Stv. Tobias Kaimer

Vertretung AM Henrik Radtke
Vertretung Stv. Janin Kampmann, nur
beratend

Stv. Jens Pichtemann

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey

WLH-Fraktion

Stv. Tessa Lukat

AfD-Fraktion

AM Milena Cwiklinski

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

Die Linke

AM Emma Schüren

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Bürger Union

AM Stefan Nebermann

Schriftführung

VA Pierre Shirvan

stimmberechtigte Mitglieder

AM Hanno Krüger
AM Bernhild Kurosinski
AM Anna Rosina Neuwald
Frau Nicole Pottmann

Vertretung Herr Dawin

AM Tanja Zeiger

beratende Mitglieder

AM Dagmar Argow

Frau Madeleine Busenkell

Frau Anna-Livia Gloth

AM Gesa Matusczyk

AM Ute Müller

Herr Dr. Artur-Aron Weber

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Dagmar Fach

Bürgermeister

Stv. Vincent Endereß

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Sarah Trump

Der Vorsitzende Martin Haesen eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Auf die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen**, ob sich jemand für befangen erklärt, erhält er keine Rückmeldung.

2./ Verpflichtung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die keine Ratsmitglieder sind

Protokoll:

Die Ausschussmitglieder, die nicht Ratsmitglieder sind, werden durch den **Vorsitzenden Martin Haesen** mit folgenden Worten verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Als neue Ausschussmitglieder haben sich **Frau Eva-Lotta Dahmann, Frau Nicole Pottmann** und **Herr Hanno Krüger** verpflichtet.

3./ Abbau einer Betreuungsgruppe (Gruppenform I - Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Schuleintritt) in der städtischen Kita Am Sandbach Vorlage: 51/003/2025

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** führte in die Thematik ein und stellte die aktuelle Entwicklung der Bedarfslage in der Kindertagesbetreuung dar. Bundesweit gingen die Geburtenzahlen deutlich stärker zurück als prognostiziert, bereits im vierten Jahr in Folge. Gleichzeitig sei auch die Zuwanderung von Geflüchteten rückläufig. In der Folge werde bundesweit – und auch in Haan – weniger Betreuung für Kinder nachgefragt. Während viele Kommunen hiervon profitieren könnten, da sich die Versorgungslücke schließe, stehe die Stadt Haan aufgrund ihrer nahezu vollständigen Bedarfsdeckung und in der Rolle als Träger von drei städtischen Kitas vor der Herausforderung, auf

entstehende Überkapazitäten reagieren zu müssen.

Weiter erläuterte sie, dass ohne die erforderlichen Kindpauschalen für belegte Plätze eine dauerhaft finanzierbare Vorhaltung von Überkapazitäten nicht möglich sei. Zur Sicherstellung eines wirtschaftlichen Betriebs aller Einrichtungen in Haan und zur Stärkung der Trägervielfalt, einschließlich der Tagespflege, müsse daher ein Abbau von Betreuungsplätzen diskutiert werden. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung den unpopulären Vorschlag einer vorläufigen Schließung einer Gruppe in der Kita Am Sandbach unterbreitet.

Zur zeitlichen Einordnung führte die **1. Bgo. Annette Herz** aus, dass die Anmeldefrist für das Kita-Jahr 2026/27 am 31.12.2025 ende. Eltern könnten bis dahin ihre Wunsch-Kitas angeben. Gerade für Familien, die die Kita Am Sandbach als Wunsch-Kita benannt hätten oder noch benennen wollten, sei eine frühzeitige Information wichtig gewesen. Aus diesem Grund empfehle die Verwaltung bereits jetzt eine vorläufige Gruppenschließung zum Ende des laufenden Kita-Jahres und nicht erst im Rahmen der regulären Kitabedarfsplanung. Das Team der Einrichtung sei am 11.12.2025, die Eltern am 15.12.2025 informiert worden. Aufgrund kommunikativer Irritationen habe zudem vor der Sitzung des JHA ein weiteres Gespräch mit Eltern stattgefunden.

Zudem berichtete Sie weiter aus der **AG 78**, die dem grundsätzlichen Vorgehen der Verwaltung zur Stärkung der freien Träger zugestimmt habe. Zugleich sei dort um eine Prüfung der Kriterien zur Aufnahme gemeindefremder Kinder gebeten worden. Es wurde auf die Zweckbindung von Fördermitteln hingewiesen und betont, dass eine Lösung mit dem LVR zu verhandeln sei. Ein bloßes „Verschieben“ reiche nicht aus. Zur Thematik der interkommunalen Ausgleichszahlungen (IKA) sei zudem ein Austausch mit einer Nachbarkommune angeregt worden.

Frau Sarah Trump merkte an, dass eine finanzielle Beteiligung über die IKA hinaus, insbesondere mit Blick auf Investitionspauschalen, erforderlich sei.

Die **1. Bgo. Annette Herz** stellte klar, dass der Vorschlag der Verwaltung nur der Information diene und zudem ausdrücklich vorläufigen Charakter habe. Die finale Entscheidung treffe der Rat nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss im Rahmen der Kitabedarfsplanung am 24.03.2026. Anfragen der WLH- und der SPD-Fraktion wurden schriftlich beantwortet.

In der anschließenden Diskussion äußerte **Stv. Felix Blossey** Überraschung über den Vorschlag. Für ihn stehe die Versorgungssicherheit im Vordergrund; zugleich stellte er zahlreiche Fragen zum Personalschlüssel, zu Überbelegungen und zur Berücksichtigung gemeindefremder Kinder.

Frau Sarah Trump betonte, dass Überbelegungen stets mit zusätzlichem Personal hinterlegt seien, und wies darauf hin, dass den Trägern bereits signalisiert worden sei, Überbelegungen künftig nicht mehr zu akzeptieren, mit Ausnahme von Geschwisterkindern.

Nachtrag zu Protokoll:

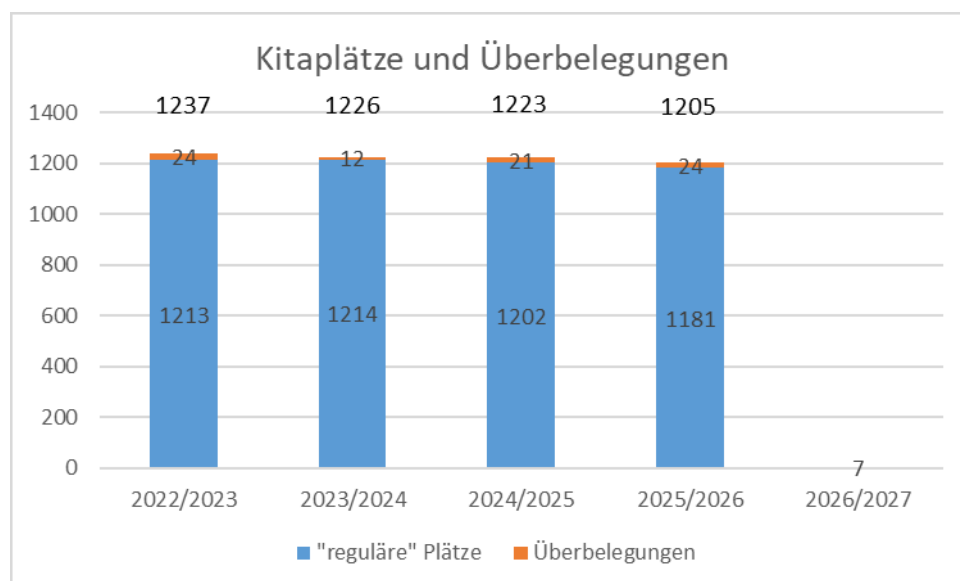
Es gibt im Grundsatz keine geplanten Überbelegungen für das kommende Kita-Jahr 2026/27.

Im Kontext der Kita-Bedarfsplanung wird verdeutlicht, dass die ev.-reformierte Kirchengemeinde bezogen auf die nächsten zwei Jahre im Rahmen der eigenen Trägerhoheit bereits eine große Gruppenumstrukturierung plant. Dies hängt auch mit baulichen Veränderungen zusammen. So soll der Standort an der Prälat-Marshall-Str. 60 zum Kindergartenjahr 2027/ 2028 komplett aufgegeben werden. Zudem soll die Gruppenstruktur innerhalb des Standortes am Heinhauser Weg 8 an die Anmelde- und Gesamtkinderanzahl, sowie an die Bedürfnisse der Eltern angepasst werden. Auch der Standort der Waldgruppe an der Vohwinkler Str. 41 soll perspektivisch zum Heinhauser Weg 8 wandern. Die mit der Umstrukturierung verbundenen notwendigen Maßnahmen, bei der der Träger in einem ersten Schritt insgesamt 10 Betreuungsplätze abbaut, führen für das kommende Kitajahr zu einer kurzfristigen Überbelegung der Gruppen, die bestehen bleiben, von bis zu 7 Plätzen, falls die geplanten reduzierten Kapazitäten in der Praxis ausgelastet werden können (aktuell fehlende Anmeldungen im Ü3-Bereich). Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wird es de facto in keiner der Einrichtungen Überbelegungen geben. Damit jedoch zu jeder Zeit sichergestellt ist, dass alle Kinder, die bereits in der Einrichtung sind, dort trotz der Umstrukturierung in jedem Falle bleiben können, sind die Überbelegungen als Puffer eingeplant worden. Diese Vorgehensweise ist mit dem LVR und dem Jugendamt abgestimmt und führt für die betroffenen Eltern und Kinder dazu, dass ihre Verträge aufrechterhalten bleiben. Dieses Vorgehen wird jedoch im Nachgang noch einmal mit dem Träger thematisiert, da gegebenenfalls noch Überbelegungsplätze von der GF II in die reguläre Belegung einer GF I geschoben werden könnten.

Für das laufende Kitajahr 2025/2026 wurden laut Kitabedarfsplanung 24 Plätze Überbelegungen genehmigt.

Das Thema Überbelegungen wird jährlich in den Trägergesprächen zwischen Jugendamt und freien Trägern besprochen. Einvernehmliches Ziel ist der Abbau von Überbelegungen. In Einzelfällen ist dieses Ziel nicht erreichbar (s.o.).

Entwicklung Kitaplätze und Überbelegungen:



Stv. Tessa Lukat fragte nach dem notwendigen Betreuungsschlüssel gemäß KiBiz, den Anmeldezahlen in der Tagespflege sowie nach einem Soll-Ist-Vergleich bei Anmeldezahlen und Kindern mit Beeinträchtigungen. Sie wies auf zwei mögliche Betreuungsvarianten hin (Belegung von zwei Plätzen oder erhöhter Personalschlüssel).

Die **1. Bgo. Herz** und **Frau Sarah Trump** erläuterte hierzu, dass in der betroffenen Einrichtung für ein Kind mit Behinderung ein Personaleinsatz von 19,5 Stunden erfolge, der Rechtsanspruch erfüllt werde und der Betreuungsschlüssel den Vorgaben des KiBiz entspreche.

Stv. Jens Pichtemann bedauerte die Situation für die betroffenen Eltern und äußerte, dass die vorläufige Schließung als schwierig empfunden werde. Er erkundigte sich insbesondere nach der Rolle der Tagespflege.

Frau **Sarah Trump** nahm Bezug auf die geführten Trägergespräche. Die Träger hätten sich aufgrund zahlreicher freier Plätze hilfesuchend an die Verwaltung gewandt. Nach den bisherigen Erfahrungswerten sei nicht davon auszugehen, dass Anmeldezahlen in der benötigten Höhe erreicht würden.

Bürgermeister Vincent Endereß führte aus, dass angesichts der erheblichen Überkapazitäten nicht bis zum ersten Sitzungszyklus 2026 habe gewartet werden können. Sinkende Geburtenzahlen, geringere Zuzüge und eine rückläufige Bedarfsnachfrage machten ein frühzeitiges Handeln erforderlich. Er verdeutlichte die demografische Schere anhand konkreter Zahlen: Rund 300 Kinder wechselten im kommenden Jahr in die Schule, während jährlich nur noch etwa 200 Geburten zu verzeichnen seien. Bei einer nahezu 100-prozentigen Betreuungsquote führe dies zwangsläufig zu schwierigen politischen Entscheidungen. Die Überbelegungen seien bereits deutlich zurückgeführt worden.

Frau Ute Müller berichtete aus Gesprächen mit den Trägern, die angesichts vieler freier Plätze zunehmend verzweifelt seien und die Verwaltung um Orientierung gebeten hätten.

Frau Emma Schüren gab zu bedenken, dass Unterbelegung aus Sicht von Eltern und Kindern grundsätzlich förderlich sei.

Die **1. Bgo. Annette Herz** entgegnete, dass diese jedoch ohne entsprechende Finanzierung nicht darstellbar sei.

Frau Ute Müller bestätigte einen dramatischen Rückgang der Anmeldezahlen, rechnerisch könnten drei Kita-Gruppen nicht mehr gefüllt werden. Pädagogisch seien kleinere Gruppen wünschenswert, das KiBiz lasse hierfür jedoch keinen Spielraum. Zudem seien Bedarfe, insbesondere bei Kindern mit Beeinträchtigungen, häufig nicht planbar und ergäben sich teilweise erst im laufenden Betrieb.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** berichtete aus der AG 78, dass dort kritisch angemerkt worden sei, dass das KiBiz bislang nicht ausreichend auf eine Situation mit vollständiger Bedarfsdeckung und gleichzeitigem Rückbau von Gruppen ausgelegt

sei.

Herr Hanno Krüger beschrieb die Situation als große Herausforderung. In der Vergangenheit seien aufgrund nicht gedeckter Bedarfe zahlreiche neue Kitas in städtischer Trägerschaft aufgebaut worden. Nun stehe man vor einer „Rolle rückwärts“, für die es nur wenige Erfahrungswerte gebe. Viele Zahlen seien zu berücksichtigen, und zahlreiche Betroffene müssten gehört werden.

Im Rahmen einer Sitzungsunterbrechung erhielt eine Vertreterin des Elternbeirats das Wort.

--- Sitzungsunterbrechung Zwecks Wortbeitrag aus der Elternschaft der Kita Am Sandbach ---

Frau Katharina Müller schilderte eindrücklich die Situation aus Elternsicht. 2024 sei eine zusätzliche Gruppe eingerichtet worden, was bereits zu erheblicher Unruhe geführt habe. Massive Personalausfälle hätten über Wochen hinweg zu Notbetreuung geführt, insbesondere seit Sommer 2025. Täglich habe Unsicherheit bestanden, ob Kinder betreut werden könnten, was gerade für Kinder in der Eingewöhnung eine große Belastung darstelle. Es habe keine Leitung vor Ort und keine benannte Vertretung gegeben; die Einrichtung sei zeitweise „führungslos“ gewesen. Die Kritik richte sich ausdrücklich nicht gegen das pädagogische Team. Die Eltern wünschten keine Personalüberlassung, sondern stabile Bezugspersonen, bessere Kommunikation, einen runden Tisch sowie eine klare Perspektive mit Blick auf die pädagogische Qualität und das Kindeswohl.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte **Stv. Felix Blossey**, der Bericht mache betroffen. Vor allem insbesondere Kinder aus der Kita Bollenberg seien als Härtefälle zu betrachten, sofern diese im Zuge der Gruppenschließung in die Kita Am Sandbach übergegangen sind.

Frau Katharina Müller ergänzte, dass die anhaltenden Personalausfälle zu einer erheblichen Belastung für Kinder und Eltern führten.

Stv. Stefan Nebermann stellte fest, dass sich die Problematik wie ein roter Faden durch die vergangenen Jahre ziehe. Er mahnte an, Entscheidungen stärker aus der Perspektive der Kinder zu betrachten und die pädagogischen Auswirkungen nicht hinter wirtschaftlichen Erwägungen zurückzustellen.

Bürgermeister Vincent Endereß stellte klar, dass Personalüberlassung stets nur das letzte Mittel sei und keine dauerhafte Lösung darstelle. Die Zusage zur Einrichtung eines runden Tisches mit den Eltern sei erfolgt.

Frau Ute Müller führte aus, dass Personalausfälle und sinkende Kinderzahlen zwei getrennt zu betrachtende Probleme seien. Die Träger müssten aus der Kindpauschale sämtliche Kosten bestreiten; fehlende Anmeldungen führten unmittelbar zu finanziellen Engpässen, die vom Land nicht ausgeglichen würden. Pädagogische Spielräume seien daher stark begrenzt.

Stv. Felix Blossey forderte, im Begleitprozess Härtefälle besonders zu berücksichti-

gen, und sprach sich gegen einen vorläufigen Abbau der Gruppe aus.

Bürgermeister Vincent Endereß betonte, dass eine Entscheidung darüber erforderlich sei, ob neue Kinder aufgenommen werden könnten, da dies für die Kitabedarfsplanung von zentraler Bedeutung sei.

Stv. Tessa Lukat meldete für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an.

Frau Bernhild Kurosinski verwies darauf, dass über Jahre hinweg für zusätzliche Kita-Plätze gekämpft worden sei. Aus Sicht der Träger sei eine Aufschiebung der Entscheidung problematisch, da weiterhin Fachkräftemangel und ein strukturelles Finanzierungsdefizit bestünden. Sie plädierte für eine Entscheidung noch in der Sitzung.

Die 1. Beigeordnete Annette Herz erläuterte, dass nach Auskunft des LVR der Jugendhilfeausschuss zu einer vorläufigen Gruppenschließung formal keinen Beschluss fassen müsse. Gleichwohl sei das Einvernehmen des Ausschusses für die Verwaltung wichtig.

Stv. Jens Pichtemann sprach sich gegen eine Hängepartie aus und fragte nach den Konsequenzen einer Nicht-Entscheidung.

Bürgermeister Vincent Endereß erklärte, dass ohne Entscheidung Planungssicherheit für Verwaltung, Träger und Eltern fehle. In diesem Fall müssten die Empfehlungen voraussichtlich im Rahmen der Kitabedarfsplanung wiederholt werden. Zudem müsste die Verwaltung kurzfristig die freien Träger darüber informieren, dass diese ihrerseits Gruppen schließen müssten.

Frau Anna-Livia Gloth vom Stadtelternrat begrüßte ausdrücklich die Idee eines runden Tisches.

--- Sitzungsunterbrechung Zwecks Beratung in den Fraktionen ---

Nach einer weiteren Sitzungsunterbrechung stellte **Stv. Felix Blosssey** den Antrag, den vorgesehenen vorläufigen Abbau der Gruppe nicht umzusetzen, stattdessen strategisch vorzugehen und u. a. die Aufnahme gemeindefremder Kinder zu prüfen.

Bürgermeister Vincent Endereß skizzierte abschließend das weitere Vorgehen. Die angeforderten Zahlen seien erst mit der Kitabedarfsplanung valide. Im regulären Jugendhilfeausschuss werde hierzu eine Entscheidung erforderlich. Die daraus resultierenden Konsequenzen für Eltern, Träger und Teams seien dann zu tragen. Eine bloße Ablehnung werde der Tragweite des Problems nicht gerecht.

Herr Hanno Krüger bezeichnete die Entscheidung als äußerst schwierig. Entscheidend seien belastbare Zahlen. Er warnte davor, Eltern durch eine Vertagung falsche Hoffnungen zu machen. Jeder Fall müsse individuell beraten werden.

Stv. Emma Schüren sprach sich gegen die Schließung aus und betonte, dass Gruppen in städtischer Trägerschaft erhalten bleiben sollten.

Antrag der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag 1 lautet: Der vorgesehene vorläufige Abbau einer Gruppe der Gruppenform I in der Kita Am Sandbach wird nicht umgesetzt: sechs ja, drei Enthaltungen, vier nein

Beschluss:

1. Der vorgesehene vorläufige Abbau einer Gruppe der Gruppenform I in der Kita Am Sandbach wird nicht umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zu Beschlussvorschlag 1.

6 x ja

4 x nein

3 x Enthaltung

4./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

5./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.